

# Sozialismus

www.Sozialismus.de

Heinz Bierbaum: Kein Politikwechsel im Saarland



Horst Kahrs: Nationalismus & globale Verteilung



R. Pond: Europäische Tarifpolitik – neue Koordinierung

R. Hinke: Neue Lohnkonflikte in Ostdeutschland

**Forum  
Gewerkschaften**

Ursula Schumm-Garling: Solo-Selbständigkeit



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.  
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter  
[www.sozialismus.de](http://www.sozialismus.de).  
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft  
bzw. ein Abonnement bestellen.

# Nur im Netz:

Die Redaktion veröffentlicht regelmäßige Beiträge zwischen den monatlichen Printausgaben auf [www.sozialismus.de](http://www.sozialismus.de)

## Die Zukunft Europas



60 Jahre nach Unterzeichnung der Gründungsverträge, die die Europäische Union auf den Weg brachten, steht Europa am Scheideweg. Die existenzielle Krise der EU wurde nicht zuletzt beim britischen Referendum für den Brexit deutlich. ...

## Bündnis von Sozialdemokraten mit Rechtspopulisten?



Sind wir gerade Zeuge, wie ein Bündnis der Sozialdemokratischen Partei Dänemarks mit der rechtspopulistischen Dänischen Volkspartei (Dansk Folkeparti, DF) entsteht? Und wenn ja, was bedeutet das für Europa? ...

## Mehr als Aufbruchsstimmung



Mit der Kanzlerkandidatur von Martin Schulz haben die Sozialdemokraten in Deutschland eine beeindruckende Erholung ihrer Popularitätswerte erreicht. In den fünf Wochen seit der Nominierung zum Kanzlerkandidaten hat die SPD nach eigenen Angaben mehr als 10.000 neue Mitglieder registriert. ...

## Vor-Wahlen

Heinz Bierbaum:  
Die Wahlen im Saarland –  
der Wechsel bleibt aus ..... 2

## Britain last, America first?

Hinrich Kuhls:  
Renationalisierung und Desintegration  
Zum Start der Brexit-Verhandlungen ..... 4

Joachim Bischoff:  
Donald Trump & die neue Weltordnung  
Wird auf dem G20-Gipfel ein Währungs- und Wirtschaftskrieg eröffnet? ..... 8

## Rechtspopulisten unter Druck?

Horst Kahrs:  
Neuer Nationalismus –  
Verteidigungsstrategie in globalen Verteilungskämpfen ..... 17

Joachim Bischoff/Bernhard Müller:  
Für was steht die Alternative für Deutschland? ..... 25

Bernhard Sander:  
Frankreich wählt –  
»Entdiabolisierter« Rechtspopulismus & »Projekt« Macron ..... 34

## Forum Gewerkschaften

Richard Pond:  
Eine neue Art der Koordinierung ..... 41

Otto König/Richard Detje:  
Der Traum von Größe  
Die Übernahme von Opel/Vauxhall durch PSA ..... 44

Robert Hinke:  
Gelegenheitsfenster für neue Lohnkonflikte  
Befunde gewerkschaftlicher Revitalisierung in Ostdeutschland ..... 48

## Arbeit heute & morgen

Ursula Schumm-Garling:  
Solo-Selbständigkeit –  
Zukunft der Beschäftigung!? ..... 55

## Reform der Währungsunion?

Michael Wendl:  
Mit der »Modern Money Theory« aus der Krise?  
Zur Kritik von Günther Grunert und Walter Tobergte an Klaus Busch & Co. .... 61

## Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum ..... 43  
Veranstaltungen & Tipps ..... 64  
Klaus Schneider: Zwischen den Jahren (Filmkritik) ..... 65



# Mit der »Modern Money Theory« aus der Krise?

Zur Kritik von Günther Grunert und Walter Tobergte an Klaus Busch & Co.

von | Michael Wendl



Deutsche Börse, Frankfurt am Main, 22.12.1999 (Foto: dpa)

Die Debatte innerhalb der politischen Linken über die Folgen eines Austrittes eines oder mehrerer Länder aus der Europäischen Währungsunion hält an. Die Argumentation von Klaus Busch u.a. in der Flugschrift »Europa geht auch solidarisch!«<sup>1</sup> ist im eurokritischen Blog »Makroskop« mehrfach kritisiert worden, zuletzt durch Günther Grunert und Walter Tobergte. Grunert und Tobergte kritisieren an dem Beitrag von Busch u.a., dass hier die Risiken, die mit einem Austritt aus der Währungsunion verbunden sind, überzeichnet werden und die Möglichkeiten, das Eurosystem zu reformieren, überschätzt werden. In dieser Kritik geht es um drei Fragen:

## 1. Wechselkurse und Lohnniveau

Welche Effekte haben die Veränderungen der Wechselkurse zwischen dem Euroraum und den ehemaligen Euroländern, die durch die Einführung ei-

ner eigenen Währung mehr oder minder stark abwerten können? Erfordern interne Abwertungen durch die Abwertung der neuen Währung auch ein Sinken der Reallöhne? Wenn bei flexiblen Wechselkursen die nationale Währung abgewertet wird, werden die Exporte des entsprechenden Landes preiswerter, die Importe aus dem Euroraum und aus anderen Währungsräumen werden dagegen teurer. Die spannenden Fragen dabei sind, in welchem Umfang abgewertet wird und in welchem Umfang weiterhin Güter und Dienstleistungen importiert werden. Ist das Volumen der Importe weiterhin groß, so kann über die hohen Preise der Importgüter das Preisniveau in dem betreffenden Land steigen, anders gesagt, es kommt zu einer Inflation. In dieser Situation erwarten Busch u.a. Lohnerhöhungen, um das Reallohniveau mindestens zu verteidigen. Es kommt dann zu einer Preis-Lohn-Spirale, die zu weiter steigender Inflation

führt. Grunert und Tobergte nehmen dagegen an, dass die meisten Importgüter und Importdienstleistungen durch die nationale Wirtschaft ersetzt werden können. Dann wäre die importierte Inflation entsprechend niedriger, die nominalen Löhne müssten nicht oder nur wenig steigen, um das Reallohniveau zu halten. Die Annahme, dass sich viele Importgüter substituieren lassen, ist heroisch. Die negativen Leistungsbilanzsalden der Austrittsländer sind nicht nur durch das Volumen der importierten Waren, sondern auch durch deren Struktur bestimmt. Anders gesagt: Es werden im großen Umfang Produkte importiert, die in diesen Ländern nicht oder nicht mehr hergestellt werden. Hier ist eine Substitution dieser Güter und Dienstleistungen in kurzer und mittlerer Frist nicht möglich. Bei hochwertigen Investitionsgütern auch

| Michael Wendl ist Mitherausgeber von *Sozialismus*.

in der langen Frist nicht. Insofern gilt, dass je größer die Abwertung ausfallen muss, um wieder international wettbewerbsfähig zu werden, auch die importierte Inflation höher wird und damit zu Reallohnverlusten führt. Grunert und Tobergte vernachlässigen die Effekte der internationalen Arbeitsteilung, die dazu geführt hat, dass bestimmte hochwertige Güter und Dienstleistungen ganz überwiegend in Gesellschaften mit einer starken industriellen Wertschöpfung und einer entsprechenden Ausrichtung auf den Weltmarkt hergestellt werden. Hier stellt sich auch die Frage nach der Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften in Gesellschaften, die in den letzten zehn Jahren zum Teil beträchtliche Reallohnverluste hinnehmen mussten und mit dem Austritt aus dem Euro versuchen werden, diese teilweise wieder auszugleichen.

## 2. Dominanz der Finanzmärkte?

Wie groß ist die Abhängigkeit der ausgetretenen Länder von den internationalen Finanzmärkten oder anders gesagt, geraten diese Länder in eine Schulden- und Zinsfalle? Das ist der Fall, wenn hohe Staatsschulden und steigende Zinsen für Staatsanleihen eine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung einschränken, weil die hohe Zinsquote am Steueraufkommen die finanziellen Handlungsmöglichkeiten dieser Staaten begrenzen und eine weitere Staatsverschuldung erfordern. Es kommt hinzu, dass die Frage, in welcher Währung die bestehenden Staatsanleihen getilgt werden müssen, rechtlich umstritten ist. Aber auch wenn bejaht wird, dass die bestehenden Staatsschulden in eigener Währung zurückgezahlt werden können, bleibt die Frage der weiteren Staatsverschuldung auf der Tagesordnung. Busch u.a. argumentieren, dass hier die Zinsen für zukünftige Staatsanleihen spürbar steigen müssen. Grunert und Tobergte antworten darauf mit einer Argumentation, die auf der sogenannten Modern Money Theory (MMT) basiert (Wray 2012, dazu kritisch Ganßmann 2015, Weber 2015). Diese Theorie geht davon



Karikatur: Economist

aus, dass entweder der Staat selbst Geld schöpft oder die Zentralbank den Staat finanziert, indem sie direkt seine Staatsanleihen kauft, wie dies z.B. in den USA und Japan der Fall ist. Das heißt, dass der Wert in nominalen Wahrungseinheiten, also die Höhe der Preise im Wesentlichen durch staatliche Aktivitäten bestimmt wird. Der Staat bestimmt durch seine Ausgaben, Personal- wie Sachkosten und durch die Festsetzung der Steuern das Preisniveau. Dadurch wird eine Geldmenge geschaffen, die die Einkommen der Individuen und der Unternehmen und die Verschuldung der Sektoren Staat, Unternehmen, Haushalte und Ausland bestimmt. Eine Finanzierung des Staates über die Finanzmärkte wird dadurch überflüssig. Staaten, die direkt oder über ihre Notenbank Kredite und damit Geld schöpfen, unterliegen nicht mehr den von den Finanzmärkten gesetzten Bedingungen. Diese Modern Money Theory geht auf den deutschen Ökonomen Georg Friedrich Knapp und seine »Staatliche Theorie des Geldes« zurück (Knapp 1905). Auch Keynes hat sich zustimmend auf die Geldtheorie von Knapp berufen (Keynes 1931; 9). In den deutschen ökonomietheoretischen Debatten ist diese Theorie weitgehend unbekannt. Das liegt daran, dass in den neoklassischen Modellen diese Geldschöpfung systematisch ausgeblendet wird, weil hier Geld aus dem Tausch von Waren entsteht. Aus ordoliberaler Sicht ist eine staatliche Geldschöpfung quasi Teufelszeug, über das nicht gesprochen wird. Aus marxistischer Sicht wird am Geld als Geldware, die in letzter Instanz einen

Wert repräsentieren muss, festgehalten (Krüger 2012). Eine staatliche Geldschöpfung aus dem Nichts wird deshalb ausgesprochen kritisch gesehen. In der Geldpraxis muss das Publikum davon überzeugt sein oder werden, dass dieses staatliche Zeichengeld und ein durch Gold (teilweise) gedecktes Geld »practically the same thing« (Keynes) seien. Das mag, wie der Fall des US-\$ zeigt, gelingen, wenn dieses Geld bzw. die darauf basierende Währung als Weltgeld, also als internationale Leitwährung, fungiert. Im Fall von Japan funktioniert das, weil dieses Land mit seinem strukturellen Exportüberschuss ausreichend Devisen erwirbt, um ebenfalls international zahlungsfähig zu sein, und dadurch Vertrauen in die eigene Währung erzeugen kann. Ein vom Staat geschaffenes Kreditgeld erzeugt aber nicht nur mangelndes Vertrauen auf dem Weltmarkt, sondern auch mangelndes Vertrauen im Inland, sodass ein realistisches Risiko des Umlaufs von Parallelwährungen im eigenen Land (US-\$, Euro) besteht. Wenn das staatliche Zeichengeld auf den internationalen Märkten nicht als Zahlungsmittel akzeptiert wird, muss das entsprechende Land durch seinen Export so viele Devisen erwirtschaften, wie es zur Finanzierung der (teuren) Importe benötigt.

Es ist außerdem nicht realistisch, davon auszugehen, dass die politische Führung dieser Länder und die sie beratenden Ökonomen das Experiment mit dieser Modern Money Theory wagen werden. Ob eine der Notenbanken der ausgetretenen Länder diese Form der Staatsfinanzierung wagt oder dazu

politisch gezwungen werden kann, ist mehr als zweifelhaft. Eine weitere Frage der staatlichen Geldschöpfung besteht darin, ob es gelingen kann, das dadurch geschaffene Geldvolumen so zu begrenzen, dass es nicht in eine massive Inflation führt. Auch wenn mit guten Gründen der Quantitätstheorie des Geldes, die die Geldmenge ins Verhältnis zur Warenmenge setzt, also eine Tauschtheorie des Geldes ist, nicht gefolgt wird, kann es ein Volumen an Geldschöpfung geben, das den gesamten materiellen Reichtum der Gesellschaft übersteigt. Wenn industriell geschwächte Länder an der Peripherie des Euroraums wieder eine eigene Währung einführen, müssen sie, um die notwendigen Importe zu finanzieren, in einem vergleichbaren Wertvolumen exportieren. Es ist sehr wahrscheinlich, dass sie die dafür nötige internationale Wettbewerbsfähigkeit über niedrige Nominal- und wegen der gestiegenen Inflation auch niedrigere Reallöhne durchsetzen müssen. Hier wird entscheidend sein, auf welchen Produkt- und Dienstleistungsmärkten die Produkte und Dienstleistungen aus den Ex-Euroländern sich behaupten können und wie weit sich die Produktions- und damit auch die Arbeitskosten an die Standards dieser Märkte anpassen müssen.

### 3. Wie wahrscheinlich ist eine Reform der Währungsunion?

Die von Busch u.a. gemachten Vorschläge für eine radikale Reform der Währungsunion zielen in einem ersten Schritt auf die Beendigung der praktizierten Austeritätspolitik und auf einen Übergang zu einer expansiven Fiskalpolitik. Weiter fordern sie eine gemeinsame Finanzierung der Staaten über Staatsanleihen und eine gemeinsame Finanzierung bestimmter Sozialtransfers, insbesondere eine europäische Arbeitslosenversicherung innerhalb der Eurozone. Diese radikalen Reformen sollen ergänzt werden durch eine an der International Clearing Union von Keynes orientierte europäische Ausgleichsunion, die auf eine (schrittweise) Angleichung der hohen negativen wie positiven Leistungsbilanzsalden ausgerichtet ist. Alle diese Vorschläge werden zweifellos von

der deutschen Bundesregierung blockiert werden. Die Mehrheit der deutschen Ökonomen will eine Verschärfung der den südlichen Euroländern auferlegten ökonomischen und sozialen Torturen (Becker, Fuest, 2017).<sup>2</sup> Diese Haltung, die auf eine fortdauernde Selbstfesselung der Wirtschafts- und Sozialpolitik und auf weitere Lohnsenkungen in diesen Ländern hinausläuft, hat nach wie vor auch den Rückhalt einer Mehrheit in der deutschen Wahlbevölkerung. Diese ist ebenso wie große Teile der politischen Klasse irrtümlich davon überzeugt, dass die südlichen Länder, insbesondere Griechenland, mit deutschen Steuergeldern »gerettet« werden, und stimmt deshalb einer Fortdauer desurses der Austerität zu. Dieser Irrglaube bezogen auf eine Steuerfinanzierung von Rettungspaketen gilt auch für bestimmte Teile der politischen Linken, denen die Verfahren der Kreditschöpfung aus dem Nichts nicht bekannt sind. Deshalb wird der Widerstand gegen Eurobonds und europäische Transfers in Deutschland noch eine Mehrheit finden. Dass Deutschland sich durch den großen Binnenmarkt, die (weltweite) Unterbewertung seiner Exporte, die Zinserträge der ausgereichten Kredite und die niedrigen Zinsen der eigenen Staatsanleihen dagegen zum großen finanziellen Nutznießer der Eurokrise entwickelt hat, ist weitgehend unbekannt. Dieser Befund einer makroökonomischen Ignoranz gilt nicht nur für die Unionsparteien, sondern auch für die Mehrheit der SPD. Eine Umkehr zu einer expansiven Finanzpolitik und die Einführung von Eurobonds können nur auf der europäischen Ebene durchgesetzt werden. Für den Fall, dass sich auf der europäischen Ebene die Mehrheiten ändern und die Kritik an der deutschen Wirtschaftspolitik und am deutschen Handelsmerkantilismus stärker wird, kann aus heutiger Sicht sogar ein von Deutschland ausgehender Ausstieg aus der Währungsunion nicht ausgeschlossen werden. So gesehen, haben Grunert und Tobergte Recht, wenn sie feststellen, dass eine Umsetzung der Vorschläge von Busch u.a. nicht realistisch ist. Allerdings haben Busch u.a. mit ihren Vorschlägen ein Best-Case-Szenario skizziert. Der Fortbestand der

Währungsunion wird in erster Linie von den Handlungen der deutschen Bundesregierung abhängen. Es sind aus deutscher Sicht daher zwei Prozesse notwendig. Einmal die Wahl einer neuen Bundesregierung, die einen anderen Blick auf die objektiven Gründe der Eurokrise entwickeln kann. Das wird im Fall der SPD nur möglich sein, wenn sich die europäische Sozialdemokratie auf eine alternative Politik verständigen kann. Auch die Grünen agieren auf der europäischen Ebene ökonomisch nicht so borniert marktliberal wie in der deutschen Politik.<sup>3</sup> Zum Zweiten muss versucht werden, den ordnungspolitischen Fanatismus der Mehrheit der deutschen Ökonomen in die politische und wenn möglich auch in eine institutionelle Defensive zu bringen.

### Literatur

- Becker, Johannes/Fuest, Clemens: Der Odysseus Komplex, München 2017  
Busch, Klaus u.a.: Europa geht auch solidarisch! Hamburg 2016  
Ganßmann, Heiner: Geld als Fiktion? In: Prokla, 45. Jg., Heft 2 (2015)  
Grunert, Günther/Tobergte, Walter: Ist der Euro alternativlos? In: Makroskop, Teil 1 (6.1.2017), Teil 2 (10.1.2017) (letzter Zugriff 2.3.2017)  
Keynes, John M.: Vom Gelde (1931), Berlin 1983  
Knapp, Georg Friedrich: Staatliche Theorie des Geldes (1905), München/Leipzig 1923  
Krüger, Stephan: Politische Ökonomie des Geldes, Hamburg 2012  
Weber, Beat: Geldreform als Weg aus der Krise? In: Prokla, 45. Jg., Heft 2 (2015)  
Wray, Randall L.: Modern Money Theory. A Primer, London 2012

<sup>1</sup> Klaus Busch/Axel Troost/Gesine Schwan/Frank Bsirske/Joachim Bischoff/Mechthild Schrooten/Harald Wolf: Europa geht auch solidarisch! Streitschrift für eine andere Europäische Union, Hamburg 2016.

<sup>2</sup> Die Orientierung der von Becker und Fuest vorgeschlagenen wirtschaftspolitischen Selbstfesselung der Euroländer am mystischen Vorbild von Odysseus, der sich gegen die betörenden Gesänge der Sirenen an den Schiffsmast fesselt, demonstriert, dass der Ordoliberalismus keine ökonomische Theorie, sondern eine einfältige politische Tugendlehre darstellt. Das macht ihn auch so populär.

<sup>3</sup> In den drei Parteien, von deren Erfolg ein Regierungswechsel abhängt, ist die wirtschaftspolitische Diskussion ausgesprochen schwach ausgeprägt. Bei der Linken überwiegt das Denken in (sozialistischen) Ordnungsvorstellungen, die eher den Charakter von Utopien haben und für eine Prozesspolitik der Staatsinterventionen und der Geldpolitik nicht brauchbar sind.



# Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
  - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
  - Internationales/Krieg & Frieden
  - Buchbesprechungen/Filmkritiken
  - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft \_\_\_\_\_ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).  
Ich möchte die Buchprämie  Wer rettet  Mandel  Urban
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft \_\_\_\_\_ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten).  
Ich möchte die Buchprämie  Wer rettet  Mandel  Urban
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft \_\_\_\_\_  
(3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

\_\_\_\_\_  
Name, Vorname

\_\_\_\_\_  
Straße

\_\_\_\_\_  
Plz, Ort

\_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

\_\_\_\_\_  
Datum, 2. Unterschrift

Bitte als  
Postkarte  
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus  
Postfach 10 61 27  
20042 Hamburg

## Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:  
[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)

